

NACHRICHTEN



Für alle weiteren Flüge, also etwa nach Amerika, Fernost, Australien oder in das südliche Afrika, werden pro Ticket künftig 45 Euro fällig. Dieses Modell – umgelegt auf Österreich mit 11,3 Millionen abfliegenden Passagieren im Jahr 2009 – würde Steuereinnahmen von rund 124 Millionen Euro im Jahr bringen. Da die Steuer auf die Ticketpreise aufgeschlagen würde, hätten dies die Fluggäste zu bezahlen. **DU**

LKW-MAUT

GRÜNE MAUT IN DER EU?

Die belgische EU-Präsidentschaft legt einen Kompromissvorschlag vor.

→ Seit 2008 wird in der EU über die „grüne“ LKW-Maut gestritten. Demnach sollen Mitgliedstaaten alle vom LKW-Verkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten bei der Maut „einrechnen“ können. Bis Dezember 2010 will die belgische EU-Präsidentschaft dazu einen Kompromiss bei den „externen Kosten“ des LKW im EU-Rat erzielen. Im Prinzip unumstritten sind Zuschläge bei Lärm, Luftverschmutzung und „sensiblen Gebieten“, z.B. Bergregionen. Längst vom Tisch sind Unfallfolgekosten und Klimawandel, strittig dagegen sind Staukosten. Der belgische Vorschlag sieht keine Mautzuschläge für Staus mehr vor. Auf Autobahnen können aber Tages-, Wochen- und Jahreszeiten bis zu 500 Prozent des Durchschnittstarifs variiert werden, sofern keine Mehreinnahmen anfallen und PKW er-

fasst sind. Weiters sollen Zuschläge wegen Luftverschmutzung nur bei alten LKW zulässig sein, moderne LKW („Euro VI“) mit serienmäßigem Partikelfilter dagegen nicht. **FG**

AUTOS

ÖKOTEST FÜR PKW

Laut einer Bewertung von VCÖ und VDC haben japanische Autohersteller bei „Öko-Autos“ die Nase vorne.

→ Alljährlich lassen der österreichische (VCÖ) und der deutsche Verkehrsclub (VCD) die umweltfreundlichsten PKW in der Kompakt-, Familien- („5-Sitzer“) und Van-Klasse („7-Sitzer“) sowie das „klimabeste Auto“ ermitteln. Insgesamt 350 Modelle werden nach den drei Kategorien Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß, Lärm und Luftschadstoffausstoß bewertet. Zudem werden die Hersteller auf ihr „Umweltengagement“ (v. a. umweltschonende Produktion und Qualität der umweltrelevanten Information für Käufer) ab-

LUFTVERKEHR

STEUER AUF FLUGTICKETS

Die deutsche Regierung beschloss Anfang September einen Gesetzesentwurf für eine Flugticketsteuer.

→ Demnach soll ab sofort auf alle Flüge, die für das kommende Jahr gebucht werden, eine Ticketsteuer eingehoben werden. Die Höhe des Steuerbetrages richtet sich jeweils nach der Entfernung des größten Flughafens des Ziellandes vom Flughafen Frankfurt am Main. Acht Euro pro Ticket wird sie für Flüge innerhalb Deutschlands und Europas, nach Tunesien, Marokko, die Kanaren und Russland betragen. Für Mittelstreckenflüge zwischen 2.500 und 6.000 Kilometer beträgt die Ticketsteuer 25 Euro. Diese Flüge reichen im Süden bis fast zum Äquator und im Osten bis nach Pakistan und Kasachstan.

Donau-Fracht

Ein einziges Donau-Frachtschiff mit einer durchschnittlichen Ladung von 2.000 Tonnen kann 100 LKW, die je 20 Tonnen transportieren, ersetzen. www.bmvit.gv.at

120 Stunden

So lange stehen die ÖsterreicherInnen durchschnittlich pro Jahr im Stau. Sieben Milliarden Euro im Jahr gehen laut VCÖ dadurch verloren. www.vcoe.at



GORLEBEN DOCH ENDLAGERSTANDORT?

→ Anfang August hat das deutsche Bundesumweltministerium die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mit einer vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben beauftragt. Die deutsche Bundesregierung will die ausgesetzten Erkundungsarbeiten für ein Atomendlager nun fortführen. Zuletzt hat sie auch Zwangsentweignungen erwogen. Neben dem Erkundungsbergwerk für das so genannte „Endlager“ bestehen in Gorleben noch Zwischenlager u.a. für die Behälter mit abgebrannten Brennelementen („Castoren“), die jährlich im November aus der französischen Aufbereitungsanlage La Hague angeliefert werden. Die Entscheidung für die Errichtung eines Endlagers ist 1977 unter dem damaligen Bundeskanzler Kohl gefallen. Nach Bürgerprotesten wurde sie 2000 ausgesetzt. Auf Betreiben der Oppositionsparteien tagt im deutschen Bundestag ein Untersuchungsausschuss zur Frage, warum man alleine auf Salz als Wirtsgesteine gesetzt habe. Schon jetzt sehen die Kritiker bestätigt, dass die Entscheidung für Gorleben eine politische und keine wissenschaftliche war. www.bundestag.de **HO**

„Energieversorgung ohne Atomkraft ist finanzierbar und auch in kurzen Zeiträumen umsetzbar. Die Atomkraft gehört ins Naturmuseum, als warnendes Beispiel für Technologien, die nicht gesellschaftsfähig sind.“

Petition von Preisträgern des ‚Right Livelihood Award‘ auf der Konferenz der ‚Alternativen Nobelpreisträger‘ in Bonn 2010

geklopft. Sieger in der Kompakt- und Familienklasse ist der Toyota Auris Hybrid bzw. Prius Hybrid, wobei unter den Top Ten die anderen japanischen Hersteller (Honda, Nissan, Suzuki) dominieren. Nur beim „7-Sitzer“ und „klimabesten Auto“ sind die europäischen Modelle Volkswagen Touran 1,4 TSI EcoFuel DSG und Smart Fortwo Cabrio CDI in Front. Zweck dieser Umwelt-Bestenliste ist die Erstellung von Kriterien für umweltbewusste Käufer und eines Öko-Benchmarks für Autohersteller. Die Liste kann unter vcoe@vcoe.at bestellt werden. **FG**

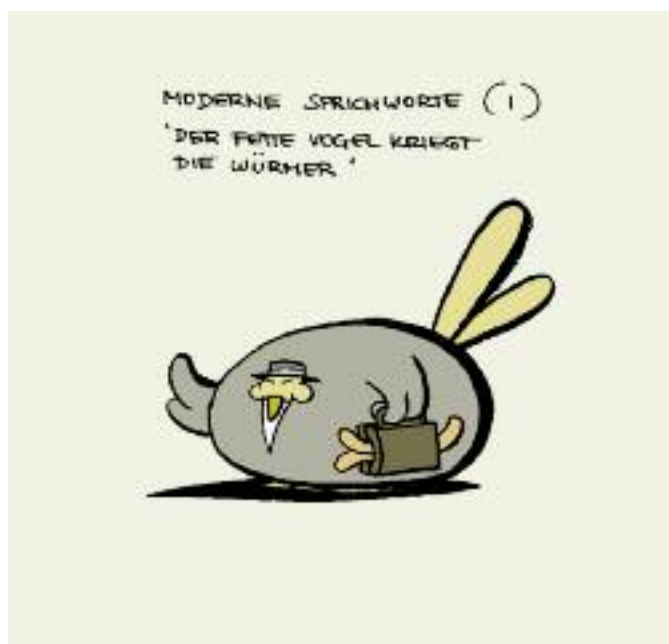
EUROPÄISCHE UNION

SÄUMIGER KOMMISSAR

Effektive Maßnahmen gegen die Reduktion von Luftschadstoffen kommen in der EU nicht vor 2013. → EU-Umweltkommissar Janez

Potočnik steckte unlängst die Prioritäten für die Luftreinhaltepolitik der EU ab. In einem Zeitungsinterview mit Le Monde ließ er durchblicken, dass aus „wirtschaftlichen Gründen“ mit konkreten EU-Vorhaben für eine bessere Luft vor 2013 nicht zu rechnen sei. Dies bedeutet eine neuerliche Verschiebung für eine überarbeitete NEC-Richtlinie, so benannt nach der englischen Bezeichnung „national emission ceilings“. Sie gibt den EU-Mitgliedstaaten Emissionsziele- und Reduktion für die wichtigsten Luftschadstoffe vor. Diese Überarbeitung wird seit 2007 angekündigt, weil sie für die Einhaltung von Luft-Immissionsgrenzwerten und den Kampf gegen Versauerung, Bodeneutrophierung und Ozon unerlässlich ist. Ironischerweise werden aber auch gleichzeitig andere Vorhaben wie die Reduktion von Schwefel in Treibstoffen für die maritime Schifffahrt verschoben. Die EU hatte dies 2008 er-

VON RUUD KLEIN



Was unter Ökologisierung des Steuersystems bisher (Stand Anfang Oktober) vom Landwirtschafts- und vom Wirtschaftsminister auf den Tisch gelegt wurde, lässt sich in groben Zügen so zusammenfassen: Die vorgeschlagene CO₂-Steuer soll etwa zwei Milliarden Euro zur Budgetsanierung beitragen. Die Industrie und energieintensive Branchen sollen von der Steuer ausgenommen werden oder Rückvergütungen erhalten. Dies wird nach gängiger Praxis auf fast alle Unternehmen und die Landwirtschaft ausgedehnt. Das bedeutet, dass fast nur die



MAG. THOMAS RITT*

ÖKO - LOGISCH?

Haushalte besteuert werden. Die Haushalte, die nur wenig Einsparpotenziale haben - z. B. durch Kapitalschwäche - oder weil die Vermieter nicht sanieren, werden also voll abkassiert. Bereiche, die professionell einsparen könnten wie Industrie und Gewerbe, werden ausgenommen. Und da es eine CO₂-Steuer sein soll, sind auch der importierte Atomstrom und das Biogas aus Lebensmitteln steuerfrei. Treibstoffe werden ebenso nicht erfasst, daher muss das Flugzeug nichts fürs Kerosin bezahlen, Bahn und Bim dafür aber mehr für Strom. Klingt alles ein bisschen unlogisch, scheint aber nach dem Befinden der beiden Herren doch „öko“ zu sein. Da passt ja auch ins Bild, dass die Intensiv-Landwirtschaft die Mineralölsteuer rückerstattet bekommt und als Ausgleich auch der landwirtschaftliche Fuhrpark von der KFZ-Steuer befreit ist. Als Nicht-Industrieller und Nicht-Landwirt hab ich ein massives Problem mit so einer „Ökologik“. Aber vielleicht geht's hier auch gar nicht um „öko“, sondern nur um „logisch“: für die beiden Minister ist's ja logisch, dass das Budgetloch so zu stopfen ist, dass die eigene Klientel nicht allzu sehr betroffen ist!

* Mag. Thomas Ritt ist Volkswirt, Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien und leitet die Redaktion von Wirtschaft & Umwelt.

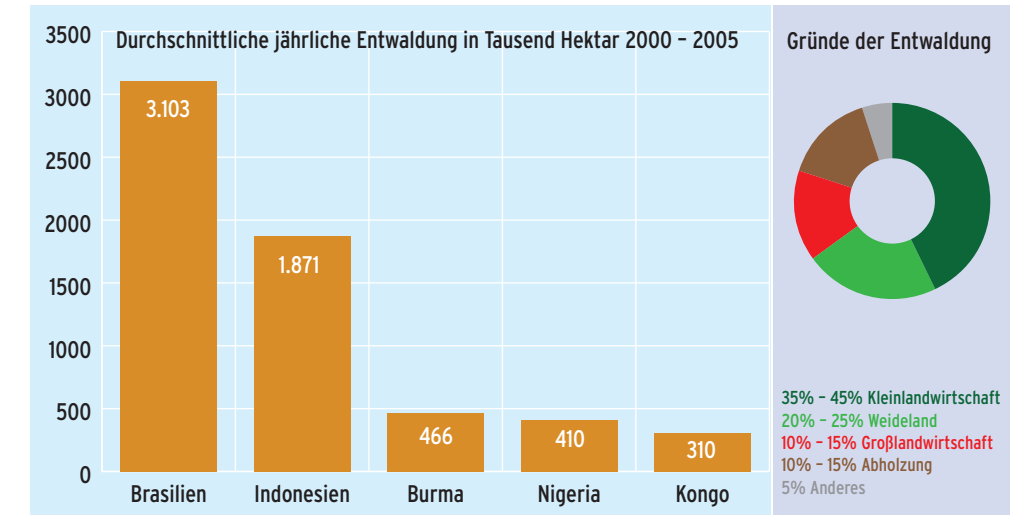
NACHRICHTEN

folgreich in der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO durchgesetzt. Die Umsetzung dieser Bestimmungen wird aber nun auch bis 2013 verschoben. **FG**

FISCHEREI

REFORM DER EU-POLITIK

Die EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki hat sich für eine grundlegende Reform der Fischereipolitik ausgesprochen. → Spätestens ab 2013 soll der Fischfang deutlich eingeschränkt werden, damit nicht weiterhin viel mehr Fische gefangen werden als nachwachsen. Wissenschaftler warnen, dass 90 Prozent der Bestände überfischt sind. In den europäischen Gewässern sind vor allem der Rote Thunfisch, die Makrele, der Hering, der Rotbarsch und der europäische Aal gefährdet bzw. gar vom Aussterben bedroht. Fangquoten sollen in Zukunft alleine



TROPISCHER REGENWALD: ALARMIERENDER RÜCKGANG

Wälder speichern ca. 300 Milliarden Tonnen CO₂. Das ist etwa 40-mal soviel wie die jährlichen weltweiten Treibhausgasemissionen ausmachen, die für die globale Klimaerwärmung verantwortlich sind. Die Regenwaldzerstörung verursacht schon 15 Prozent der globalen Emissionen. Das ist weit mehr als die von Auto- und Flugverkehr zusammen gerechnet. Der Regenwald verschwindet so schnell, dass etwa Indonesien bereits nach China und den USA der drittgrößte Treibhausgasemittent ist. Die Ursachen der Waldzerstörung sind zu fast einem Drittel Abholzung und industrielle Landwirtschaft. Diese Situation hat sich seit 2005, dem Jahr der obigen UNO-Daten, noch weiter verschärft. Vor allem Palmölplantagen in Indonesien oder Zuckerrohrpflanzungen in Brasilien wachsen ständig. Der damit gewonnene „Bio“-Sprit für die Industrieländer, der weder „bio“ noch „ökologisch“ ist, hinterlässt nicht nur mehr Klimaprobleme als er vorgibt zu lösen, sondern auch Hunger und Armut in den Anbauländern. **LEI**

auf wissenschaftlicher Grundlage errechnet werden. Die Kommission will auch strenger kontrollieren. Statt Prämien für stillgelegte Fischerboote zu zahlen, will die Kommissarin lieber Innovationen wie neue Netze, die den Beifang reduzieren, fördern. Damanaki muss mit enormen Widerständen aus den Mitgliedstaaten rechnen. Ihr Vorgänger im Amt ist daran gescheitert. In ganz Europa hängen knapp eine halbe Million Arbeitsplätze an der Fischerei. Als Folge der massiven Überfischung der Thunfischbestände im Mittelmeer und im östlichen Atlantik

hat die EU-Kommission im Juni entschieden, den industriellen Fang bis Ende 2010 zu verbieten. **HO**

UMWELTVERSCHMUTZUNG

IPPC-RICHTLINIE VOR BESCHLUSS

Das Europäische Parlament verabschiedete am 7. Juli 2010 in zweiter Lesung einen zuvor mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss.

→ Eine überarbeitete Richtlinie über Integrierte Vermeidung

und Verminderung der Umweltverschmutzung, besser unter dem Kürzel IPPC bekannt, steht kurz vor der Beschlussfassung. Die IPPC-Richtlinie sieht bei industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten mit hohem Verschmutzungspotenzial integrierte Maßnahmen zunächst zur Vermeidung, dann zur Verminderung von Emissionen in Luft, Wasser und Boden sowie auch von Abfall vor. In der geltenden Richtlinie wird mit dem Konzept der besten verfügbaren Technik (BVT) gearbeitet, das bei Emissionswerten von Anlagen herangezogen

AUF EINEN BLICK: EU & EUROPA ...

→ Endlagerung von Kohlendioxid: Eine Studie der Europäischen Kommission (Energy Trends to 2030) kommt unter anderem zu dem Schluss, dass wegen des Ausbaus von erneuerbaren Energien der CO₂-Preis so niedrig bleiben wird, dass sich der Betrieb von Kohlendioxid-Abscheidungsanlagen (CCS) nicht lohnen wird.

→ Anbauverbot von gentechnisch modifizierten Zuckerrüben in den USA: 2004 hat die zuständige Landwirtschaftsbehörde der USA die Anbauerlaubnis für Zuckerrüben der Firma Monsanto erteilt, die durch genetische Modifikation gegen das Herbizid Roundup resistent gemacht waren. Umwelt-NGOs warfen der Behörde vor, die

Umweltwirkungen nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Unter anderem sollen beim Anbau der GMO-Zuckerrüben mehr Herbizide zum Einsatz kommen als beim konventionellen Anbau. Nun hat ein Bundesgericht den Klägern teilweise Recht gegeben und entschieden, dass die Umweltverträglichkeit neu überprüft werden muss. Bis

dahin dürfen die GMO-Zuckerrüben nicht angebaut werden. Fast die Hälfte des in den USA vermarkteten Zuckers stammt aus den fraglichen Zuckerrüben. → Emissionshandel in Taiwan: Die Regierung Taiwans will die Treibhausgasemissionen bis 2020 auf das Niveau von 2005 senken. Dazu soll nun ein Emissionshandelssystem einge-

wird. In Zukunft werden die Bestimmungen der BVT teilweise verschärft. Sie sind nun sämtlichen anlagen- oder standortspezifischen Faktoren voranzustellen, sofern der erzielbare ökologische Vorteil die erforderlichen Mittel rechtfertigt. Fortan unterliegen auch Anlagen mit einer Feuerwärmeleistung ab 20 statt bisher 50 Megawatt dem Geltungsbereich der Richtlinie. **FG**

DOSENLOBBY

IRREFÜHRENDE KAMPAGNE

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) hat eine irreführende Kampagne der Getränkedosenhersteller gestoppt.

→ „Eine derart dreiste Form der Täuschung des Verbrauchers habe ich selten erlebt“, so der Anwalt von DUH. Wenige Stunden nachdem die DUH den Antrag auf eine einstweilige Verfügung bei Gericht eingereicht hat, unterschrieb das Forum Getränkedose GbR, hinter dem die Getränkedosenproduzenten Ball Packaging Europe, Rexam und Crown Bevcan Europe stehen, doch noch die von der DUH verlangte Unterlassungserklärung. Die Dosenhersteller verpflichten sich damit, folgende Aussagen weder wörtlich noch sinngemäß zu wiederholen: „Die Getränkedose ist jetzt auf Augenhöhe mit Mehrweg“, sowie:

„Die Dose ist eine umweltfreundliche Verpackung, die ökologisch auf Augenhöhe mit Mehrwegflaschen liegt. Das bestätigt jetzt eine neue Ökobilanz“, sowie: „Neue Ökobilanz des IFEU-Instituts zeigt: Getränkedosen sind ökologisch konkurrenzfähig“. Seit Monaten hatten die Dosenhersteller versucht, der Getränkedose einen grünen Anstrich zu verleihen. Zentraler Baustein in der Kampagne war dabei die verzerrte Wiedergabe einer beim IFEU-Institut in Auftrag gegebenen Ökobilanz. www.duh.de **HO**

CSR

FIRMENHAFTUNG GEFORDERT

Europäische Unternehmen sollen für Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen durch Tochterfirmen haften.

→ Das verlangt eine Studie der deutschen NGO Germanwatch und empfiehlt eine EU-weite Regelung. Bisher können europäische Unternehmen in der Regel nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn ihre Tochterfirmen oder Zulieferer im Ausland die Umwelt schädigen oder Menschenrechte verletzen. Eine aktuelle Studie von Germanwatch stellt dieses Problem an zwei Beispielen dar: Umweltzerstörung durch eine Tochtergesellschaft der ThyssenKrupp AG



SCHUTZ VON EUROPAS MEEREN

→ Die EU-Kommission hat Kriterien, die einen guten Umweltzustand der Meere Europas festlegen, beschlossen. Das EU-Parlament muss noch zustimmen. Die Aufstellung von Kriterien ist eine Vorgabe der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, die darauf abzielt, bis 2020 in allen EU-Meeresgewässern einen guten Umweltzustand zu erreichen. Die in dem Beschluss definierten Kriterien und Indikatoren bilden eine Richtschnur, um den Umweltzustand der Meeresökosysteme zu bestimmen. Gemäß der 2008 beschlossenen Rahmenrichtlinie müssen die Mitgliedstaaten Aktionspläne entwickeln. Umweltschützer sind skeptisch, zumal das Kriterium für „Schadstoffe“ nicht auf das Vorsorgeprinzip setzt, sondern bloß auf das Nicht-Überschreiten von Grenzwerten. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten will auch nicht die wenigen noch unberührten Meeresgebiete unter Schutz stellen. **HO**

in Brasilien und Menschenrechtsverletzungen durch einen Zulieferer von Aldi in China. Vorbild könnten die USA sein: Dort sorgt der „Alien Torts Claim“ dafür, dass US-amerikanische Gerichte zuständig sind, auch wenn ausländische Unternehmen gehandelt haben. www.germanwatch.org **HO**

EUROBAROMETER

ELEKTROSMOG

Rund ein Drittel der EU-Bürger empfindet Elektrosmog als ernsthafte Bedrohung ihrer Gesundheit.

→ In Österreich sind es rund 40 Prozent. Damit liegen die elektromagnetischen Felder (EMF)

... UND DIE GANZE WELT

führt werden, das etwa 270 Anlagen erfasst, die für etwa die Hälfte der Emissionen verantwortlich sind. Taiwan wird von der Volksrepublik China nicht anerkannt. Daher ist es nicht Mitglied der UNO und auch kein Mitglied der Klimarahmenkonvention.

→ Endlagerung von Nuklearabfällen: Anfang September hat die deut-

sche Regierung die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre beschlossen. Das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz schätzt, dass sich dadurch die bis 2040 anfallende Menge an Nuklearabfällen von 17.200 auf 21.600 Tonnen erhöht. Damit ist auch die Frage der Endlagerung der radioaktiven Ab-

fälle wieder virulenter geworden. Umweltminister Röttgen von der CDU will nun die Prüfung der Endlager-Eignung des Salzstocks Gorleben in Niedersachsen wieder aufnehmen, nachdem dieses Projekt unter der rot-grünen Regierung für „tot“ erklärt worden war. Schon 1977 wurde Gorleben als Endlager diskutiert, begleitet von immer



wieder aufflammenden Protesten von Atomgegnern. Es wird vermutet, dass die Nuklearindustrie den Standort trotz seiner fraglichen Eignung favorisiert, da sie dort bereits über eine Milliarde Euro investiert hat.

NACHRICHTEN

klar hinter anderen potenziellen Umweltrisiken wie Chemikalien, Luftverunreinigungen und Rückständen in Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Die Befragten konnten 15 Umweltrisiken – darunter fünf Quellen für Elektromog – in Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf ihre Gesundheit bewerten. Am ehesten lösen Hochspannungsleitungen (35%), Mobilfunkmasten (33%) und Handys Bedenken aus. Gegenüber 2007 nahm die Zahl der gänzlich Unbesorgten leicht zu. Chemikalien stufen vergleichsweise zwei Drittel als Gesundheitsgefahr ein. Nur ein Fünftel der Befragten gab an, Infos über gesundheitliche Risiken von EMF zu haben. Die ÖsterreicherInnen liegen mit ihrer Elektromogbesorgnis deutlich über dem Durchschnitt. Bei anderen gesundheitlichen Risiken wie Abfallbehandlung und Chemikalien zeigen sie sich eher weniger besorgt als der Durchschnitt. **HO**

GENTECHNIK

ENDE DES PATTS?

Laut Vorschlag der EU-Kommission können künftig Mitgliedstaaten den Anbau von GVO ganz oder teilweise verbieten.

→ Der Vorschlag ist Teil eines umfassenden Legislativpakets, mit dem die Kommission die

Pattstellung bei der Gentechnik in der europäischen Landwirtschaft auflösen will. Nach diesem Vorschlag können die Mitgliedstaaten nur Maßnahmen erlassen, die sich gegen den Anbau von GVO (gentechnisch veränderte Organismen) richten, nicht aber Maßnahmen, die die Einfuhr und/oder die Vermarktung von zugelassenem gentechnisch verändertem Saatgut innerhalb der EU verbieten. Greenpeace und GLOBAL 2000 begrüßen mehr Spielraum für Österreich in

der Frage, warnen aber auch davor, „der Kommission damit einen Persilschein für schnellere Zulassungen auszustellen“. Österreich sei keine Insel, die Gentechnik käme dann durch die Hintertür. Das eigentliche Problem ist das unzureichende Zulassungsverfahren in der EU, das die langfristigen Auswirkungen von GVOs nicht ausreichend untersuche. Auch der EU-Umwelt rat hat hier im Dezember 2008 einstimmig Verbesserungen gefordert. **HO**

TIPPS! RICHTIG HEIZEN UND LÜFTEN

Auch wenn der Herbst warm begann: der nächste Winter kommt bestimmt – und mit ihm das „Krisenpaket“ der Regierung. Sparen ist also angesagt. Bei der Energie zahlt es sich immer aus. So braucht die Raumheizung die meiste Energie im Haushalt, je nach Gebäude und Dämmung zwischen 50 und 80 %! Was jeder sofort tun kann ist, die Raumtemperatur selbst zu regeln. Tipp: Ein Grad Celsius Raumtemperatur weniger erspart rund sechs Prozent Heizenergie im Winter! Und Achtung: durch falsches Lüften können Sie schnell die Heizenergieersparnis zunichte machen. Wussten Sie,



dass bei richtigem Lüften der Heizbedarf für die erforderliche Frischluftzufuhr bei 400 bis 500 Liter Öl pro Heizsaison und Haus-

halt liegt? Falsches Lüften kann bis zu 3-fache Energieverbräuche bzw. Kosten verursachen! Mehr Tipps und Tricks zum Energiesparen finden Sie im AK-Folder „Energiesparen beim Heizen und Lüften“. Bestellung: E-Mail: bestellservice@akwien.at, Tel.: (01) 310 00 10 474 **LEI**

BIOABFALL

EU-PARLAMENT WIRD AKTIV

Mehr als 100 Millionen Tonnen an Bioabfall werden jährlich in Europa produziert.

→ Das im Bioabfall steckende wirtschaftliche und ökologische Potenzial bleibt oft ungenutzt. Die EU-Abgeordneten fordern deshalb mehr Recycling – so kann Bioabfall etwa verstärkt als Kompost wiederverwendet wer-



Chemie im Spielzeug: Änderungsbedarf bei EU-Spielzeugrichtlinie?

→ Eine Anhörung im Deutschen Bundestag ging der Frage nach, ob sichergestellt ist, dass von Kinderspielzeug keine gesundheitlichen Gefahren ausgehen und ob es bei der EU-Spielzeugrichtlinie Änderungsbedarf gibt. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) fordert für alle krebserzeugenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsgefährdenden

Stoffe migrationsbezogene Regeln anstelle von gehaltsbezogenen. Vorbild könnten die Regeln für Lebensmittelkontaktmaterialien sein. Dies sei technisch möglich, habe sich in der Praxis bewährt und sollte für alle Arten von Spielmaterialien gelten. Umwelt- und Verbraucherverbände fordern unabhängige Drittprüfungen der Spielwaren. **HO**

„Tödliche“ Hamburger?

Industrialisierung und Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion bedrohen unsere Gesundheit, so der Ex-„Spiegel“-Korrespondent Hans-Ulrich Grimm in seinem gleichnamigen Buch. Alternativen – eigener Garten, Kauf bei Bauern – gebe es, stünden aber vergleichsweise nur wenigen offen.



FahrSpar-Rechner

Wie viel Geld und CO₂ kann man durch einen Wechsel auf günstigere Verkehrsmittel sparen? Der FahrSpar-Rechner berechnet die Kosten und CO₂-Emission für eine Strecke mit PKW und bietet dazu einen Vergleich für den Umstieg auf günstigere Verkehrsmittel. www.verbraucherfuersklima.de

» Rücksichtslosigkeit im Verkehr muss als soziales und kulturelles Problem behandelt werden und nicht wie eines, das mit teuren Infrastrukturmaßnahmen zu lösen ist.

David Engwicht, australischer Künstler und Straßenphilosoph, Impulsredner zum Verkehrsforum „Mobilität für alle“, vco-magazin 2010-03

den. Zudem soll die getrennte Abfallsammlung europaweit eingeführt werden, soweit dies aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen machbar ist. In Antwort auf das Grünbuch der EU-Kommission über die Bewirtschaftung von Bioabfall hat das EU-Parlament Anfang Juli dies in einer Entscheidung bekräftigt. In Ländern wie etwa Österreich, den Niederlanden oder Schweden wird Bioabfall weitgehend getrennt gesammelt. Doch in vielen anderen EU-Ländern sammelt man Bioabfall nach wie vor zusammen mit anderen Resten ein. Die Ablagerung in einer Mülldeponie ist zweifelhaft – dennoch landen europaweit ca. 40 Prozent des Biomülls auf einer Deponie, in Polen und Litauen sind es sogar 90 Prozent. Die Kommission soll bis Ende des Jahres einen Richtlinienentwurf dazu einbringen. **HO**

BAHNLÄRM

SCHIENENBONUS ÜBERHOLT

Die Rechtfertigung des Schienenbonus beruht auf alten Daten und berücksichtigt nur subjektive Störungen.



200 Millionen Euro ...

... oder im Schnitt 250 Euro pro Haushalt und Jahr - könnten sich laut E-Control die ÖsterreicherInnen ersparen, würden sie den Strom- oder Gaslieferanten wechseln. Verhinderungsgründe seien laut E-Control u.a. mangelnde Aufklärungsarbeit der Energieversorger und verwirrende Rechnungslegung. www.e-control.at

→ Neue Untersuchungen zeigen, dass beim Schienenlärm ein gesundheitliches Risiko vor allem durch eine regelmäßige Störung des Schlafes entsteht. Dieses Risiko wird durch den Schienenbonus, sowie Fehlen eines Grenzwertes für Spitzenpegel erhöht. Daher ist der Schienenlärmbonus aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr haltbar. Das ist eines der Ergebnisse einer Studie des Uni-Klinikum Freiburg zu den gesundheitlichen Folgen von Schienenlärm, die 119 empirische Studien zum Thema auswertete. Insbesondere die Schlafstudien zeigen einen starken Einfluss von Schienenlärm auf das Schlafverhalten, bedingt durch die im Vergleich zum Straßenverkehr relativ hohen Spitzenpegel der vorbeifahrenden Züge. Die dabei verursachte Erregung des autonomen Nervensystems ist selbst dann nachzuweisen, wenn kein Aufwachen stattfindet. Die gesetzlichen Vorgaben zum Lärmschutz berücksichtigen allerdings beim Schienenlärm keine Spitzenpegel und ermöglichen so auch nachts hohe Lärmspitzen. www.region-suedlicher-oberrhein.de **HO**

INTERVIEW



Ernst Schöny

Menschen mit Behinderungen. Immer weniger finden nachhaltig Arbeit. Jetzt gibt es in Wien im IT-Bereich ein Beispiel, das Nachhaltigkeit im ökologischen, ökonomischen und sozialen Sinne lebt: „AfB - Arbeit für Menschen mit Behinderungen“. Wie das geht, darüber sprach Wilfried Leisch mit **Geschäftsführer Ernst Schöny.**

NACHHALTIGE CHANCE

Seit wann gibt es AfB und welche Idee steht dahinter?

Schöny: Seit 2004. Eine Zukunftsperspektive zu finden ist für behinderte Mitmenschen oft vollkommen chancenlos. Unser Konzept ist es, gebrauchte IT-Systeme von großen Firmen zu erhalten, daran die notwendigen Dienstleistungen zu erbringen und die Geräte wieder kostengünstig mit Garantie zu vermarkten. Ziel ist die Schaffung von 500 zukunftssicheren Arbeitsplätzen im IT-Bereich für Menschen mit Behinderungen.

Wie viele Menschen sind beschäftigt und was machen sie?

Schöny: Derzeit sind an allen zehn Standorten mehr als 90 MitarbeiterInnen, davon zehn in Österreich, beschäftigt. 2011 sollen es hier mehr als 40 sein. Trotz schwerer Gehbehinderung arbeiten sie im Außendienstvertrieb, kaufmännischen Bereich, Reparaturservice oder Lager. Psychisch kranke MitarbeiterInnen reinigen gebrauchte Computer oder führen Datentests durch.

Warum jetzt auch ein AfB-Shop in Wien?

Schöny: Weil eine gelebte soziale Kompetenz von der Politik, aber auch von den

Menschen der Stadt und den Wirtschaftsführern der großen Firmen für uns die wichtigste Grundlage für unser soziales Konzept ist. Die zugesagte Kooperation der Stadt Wien ist ein wesentlicher Faktor und die Grundlage für die Eröffnung in Wien.

Was sind die bisher erzielten Erfolge?

Schöny: Alle MitarbeiterInnen erfüllen ihre Aufgaben, bringen dabei höchsten Einsatz und tun es dankbar und voller Begeisterung. Der Durchsatz von gebrauchten IT-Geräten über AfB beträgt ca. 80.000 Stück und durch die Zusammenarbeit mit unseren fünf Partnern, etwa der Reintegra in Wien, hat AfB bereits 50 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung ein?

Schöny: Der Markt für gebrauchte IT-Geräte ist vorhanden. Der Plan ist, den Durchsatz auf mehr als 150.000 Geräte zu heben. Alle unsere Partner sind sich einig: die Tätigkeiten an den gebrauchten PC sind für behinderte Menschen besonders gut geeignet und fördern die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen.

www.afb24.com